

**ANTRAG AN DAS WIRTSCHAFTSPARLAMENT
der Wirtschaftskammer Niederösterreich am 15. Mai 2024**

**„Deindustrialisierung und Abwanderung der Produktionsbetriebe verhindern -
Wettbewerbsfähigkeit stärken“**

Beschluss:

Die Wirtschaftskammer Niederösterreich tritt hiermit an die Landesregierung heran und fordert weiters die Wirtschaftskammer Österreich auf, sich auf allen Ebenen für die Wettbewerbsfähigkeit der niederösterreichischen Produktionsbetriebe einzusetzen und ein klares Bekenntnis zur Industrie und produzierendem Gewerbe als zentraler Wirtschafts- und Wohlstandsfaktor, Stabilitätsanker und Innovator für die Regionen abzugeben. Ihre Rolle als Arbeitgeber, Investoren und Steuerzahler macht die niederösterreichischen Produktionsunternehmen darüber hinaus zum unverzichtbaren Teil des sozialen und wirtschaftlichen Gefüges.

Daher sind folgende Bekenntnisse aller politischen Entscheidungsträger erforderlich:

- Die Transformation ist außer Streit zu stellen, um politisch gemeinsam voranzukommen. Die Maßnahmen dazu sind künftig als überragendes öffentliches Interesse in der Gesetzgebung zu definieren.
- Digitale Vernetzung, Big Data und Lieferketten sind mit bestmöglicher Infrastruktur und einem optimierten Aus- und Weiterbildungsportfolio bestmöglich zu unterstützen.
- Die Lohnstückkosten sind im internationalen Wettbewerb ein zentrales Kriterium. Die rasche Senkung zumindest auf EU-Durchschnitt wird durch Senkung der Lohnnebenkosten, der Energiekosten und andere Maßnahmen forciert.
- Mit Pragmatismus wird von allen Beteiligten überbordende Bürokratie aufgezeigt und reduziert. Bürokratie soll weitsichtig und nachhaltig gesundes Wirtschaften ermöglichen.

Begründung:

Im Jahr 2023 erwirtschaftete die Industrie Niederösterreichs, inklusive des Baugewerbes, einen Produktionswert von etwa 73,91 Milliarden EUR. Durch enge Verflechtungen mit Zulieferern und Dienstleistungsunternehmen entstehen zusätzliche indirekte Effekte im Wert von 23,06 Milliarden EUR und induzierte Effekte von 12,37 Milliarden EUR, welche die wirtschaftliche Dynamik weiter antreiben.

Neben der direkten wirtschaftlichen Leistung trägt die Industrie Niederösterreichs erheblich zu den staatlichen und sozialen Sicherungssystemen bei. Fiskaleffekte in Höhe von 3,85 Milliarden EUR und Sozialbeitragseffekte von 4,12 Milliarden EUR zeigen, wie bedeutend die Industrie für die öffentlichen Haushalte ist. Diese Beiträge finanzieren wesentliche öffentliche Dienstleistungen und bedeuten soziale Sicherheit für die Bevölkerung.

Die Stimmung in der österreichischen Industrie ist gemäß einer aktuellen Umfrage (Deloitte im Auftrag der WKÖ) aus dem Frühjahr 2024 stark getrübt, mit einem negativen Trend, was die Attraktivität des Industriestandorts Österreich für die nächsten drei Jahre betrifft. Die große Mehrheit der befragten Industrieunternehmen befürchtet, dass die Attraktivität

Österreichs im Vergleich zu anderen führenden Industriestandorten langfristig deutlich (52 %) oder etwas (38 %) sinken wird.

Zahlreiche Industrieunternehmen in Österreich haben bereits in den letzten Jahren vereinzelt Teile ihrer Wertschöpfungskette verlagert und planen zukünftig noch stärker Teile davon ins Ausland zu verschieben. Diese Verlegungen scheinen aber noch nicht das gleiche Ausmaß angenommen zu haben wie z.B. in Deutschland, wo gemäß dem Deloitte Supply Chain Pulse Check Herbst 2023 schon mehr als zwei Drittel (67 %) der deutschen Industrieunternehmen in den vergangenen drei Jahren verlagert haben.

In Österreich sind es aber im selben Zeitraum immerhin schon 41 % der Befragten, die moderat bis sehr stark Teile ihrer Wertschöpfungskette ins Ausland verschoben haben. Dabei ist bei Großunternehmen (50 %) die Verlagerung schon weit stärker fortgeschritten als bei Klein- (36 %) und Mittelunternehmen (34 %).

Aufgrund der hohen wirtschaftlichen Verflechtung zwischen Deutschland und Österreich ist zu erwarten, dass sich der Verlagerungstrend auch in Österreich weiter verstärken dürfte. Es sind daher rasch die Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass der Produktionsstandort auch weiterhin attraktiv bleibt.

Auch das produzierende Gewerbe und Handwerk, das vor allem regional tätig ist, benötigt entsprechende Rahmenbedingungen. Neben der Abwanderung ist das Herüberarbeiten durch günstigere Mitbewerber über die Grenzen aus dem benachbarten Ausland eine der Herausforderungen. Besonders belastend sind für das Gewerbe und Handwerk Preissteigerungen bei Rohstoffen und Materialien (laut aktueller Konjunkturerhebung 59 %) und die Preissteigerungen bei der Energie (57 %).

In ihrer Geschäftstätigkeit beeinträchtigt sind diese Unternehmen auch etwa durch Steuern und Abgaben (52 %), Bürokratie und Verwaltung (39%), Verfügbarkeit von Arbeitskräften und Fachkräftemangel (35 %). Zunehmende Vorschriften zur Nachhaltigkeitsberichterstattung und zu Umweltfragen sowie regulatorische Vorgaben erschweren das produktive Wirtschaften.

Die Unternehmen versuchen ihre Fachkräfte trotz schwieriger Produktionssituation zu halten. Die laufenden Lohnstückkosten und Arbeitskosten können aber bei stagnierender oder rückläufiger Produktion längerfristig die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen beeinflussen.

Es wird immer schwieriger, durch den exorbitanten Anstieg der Lohnstückkosten die notwendigen Preissteigerungen für Industrieprodukte Made in Austria am internationalen Markt unterzubringen. Die Exporte sichern jedoch langfristig den Wirtschaftsstandort.

Um den Produktionsstandort zu erhalten sind insbesondere auch Transformationsmaßnahmen und Infrastrukturprojekte künftig als überragendes öffentliches Interesse in der Gesetzgebung zu definieren. Nur so sind unnötig lange Blockaden durch in die Länge gezogene Genehmigungsverfahren endlich zu unterbinden.

Pragmatismus im Sinne einer weitsichtigen, zukunftsorientierten, nachhaltigen und gesunden Wirtschaftspolitik sollte bei der Bürokratie im Vordergrund stehen. Derzeit verwenden Produktionsunternehmen rund 10 % ihres EBITs für Verwaltungsaufwände.

Die Digitalisierung trägt auch dazu bei, höhere Agilität und Widerstandsfähigkeit in der Lieferkette zu erzielen. Die letzten Jahre haben gezeigt, dass die nächste Krise immer schon vor der Tür steht. Neben den herkömmlichen Methoden zur Minimierung von Lieferengpässen und -ausfällen, wie etwa die Erhöhung der Lagerhaltung, Sonderfahrten oder Multisourcing, werden zukünftig vor allem digitale Technologien wichtig, um die Belastbarkeit von Lieferketten zu erhöhen. Dazu gehören der lieferkettenübergreifende Datenaustausch ebenso wie die globale Echtzeitüberwachung und stundenaktuelle Risikoanalysen.

Digitale Vernetzung, Big Data und Analytics erlauben es den Unternehmen nicht nur, Prozesse zu optimieren und diese in der Wertschöpfungskette effizienter zu gestalten, sondern ermöglichen insgesamt einen besseren Datenaustausch innerhalb der Lieferketten und verbessern das Risikomanagement. Dazu braucht es die erforderlichen Datenkapazitäten sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die diese Digitalisierung nicht nur verstehen, sondern vorantreiben.



Komm D | Helmut Schwarzl
Delegierter zum Wirtschaftsparlament



Jochen Flicker
Delegierter zum Wirtschaftsparlament